



RUNDBRIEF

INHALT

THEMA

GRECO überprüft Deutschland

NACHRICHTEN

10. IACC in Prag

Wirtschaftsprüfer gegen Korruption

Economics of Corruption an der Universität Göttingen

Gastbeitrag: Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung in der FZ

Tagung zu Datenschutz in Potsdam

Üppige Korruption in der Provinz

Grundsatzurteil des BGH

BKA Lagebild 2000

Jahreskonferenz von TI-D

Tagung auf Schloß Raesfeld

TI AKTIV

Amtsmissbrauch und Ämterpatronage in der Kommunalpolitik

TI fordert Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Korruptionsbekämpfung

OECD Konvention – Helfer bei der Bewertung gesucht

Nachfolgeaktion Wahlprüfsteine

TI INTERN

Bericht vom AGM in Prag

TI Mitgliederseminar

LITERATUR

DAS LETZTE

IMPRESSUM

Verantwortlich: Dr. Anke Martiny

E-mail: amartiny@transparency.de

Redaktion: Carsten Kremer

E-mail: ckremer@transparency.de

Herausg.: TI Deutsches Chapter e.V.

KONTAKT

Transparency International

Deutsches Chapter e.V.

Belfortstr. 3

81667 München

Tel: 089/ 4895 4440

Fax: 089/ 4895 4442

E-mail: office@transparency.de

Internet: www.transparency.de

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Mensch ist – zumindest in seinen aktiven Jahren - so veranlagt, dass er immer vorausdenkt und vergangene Abschnitte rasch abhakt, als seien sie weniger bedeutsam als das Zukünftige. Dabei kann eine gute Zukunft nur dort entstehen, wo Gegenwart und Vergangenheit in Ordnung sind.

Was die Zeit seit dem letzten Rundbrief angeht, wollen wir diesmal zurückschauen. Denn die Tage vom 28./29. September haben für TI-Deutschland eine Zäsur markiert, wie sie sich einschneidender kaum denken lässt. Nach der wirklich optimal gelungenen und gut besuchten Veranstaltung "Transparenz und Verantwortung" über die Fehlentwicklungen im deutschen Gesundheitswesen, bei der das neue TI-Papier der Gruppe der Mediziner vorgestellt wurde, fanden am 29. September zunächst eine mitglieder-offene Vorstandssitzung und dann die Mitgliederversammlung statt. Beide waren sehr gut besucht und von lebhaften und inhaltsreichen Diskussionen gekennzeichnet.

Durch die vorzügliche Vorbereitung durch Michael Wiehen wurde dann zügig ein neuer Vorstand mit mehreren neuen Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, die allesamt eine große Kontinuität in Qualität und Aktivität zu dem früheren Vorstand versprochen. Gleich im Anschluss an die Mitgliederversammlung trat der neue Vorstand zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen und versammelte sich inzwischen einmal zu einer Telefonkonferenz und ein weiteres Mal zu einer langen Sitzung in Berlin. Der Arbeitsstil hat sich ein bisschen verändert, aber das Klima ist gut und die Zusammenarbeit konstruktiv. Der geschäftsführende Vorstand teilt die Arbeit, weil einer allein die Bürde gar nicht tragen kann neben seiner/ ihrer sonstigen Arbeit.

Woran aber heute ausdrücklich erinnert werden soll: Was Michael Wiehen in seiner dreijährigen Amtszeit alles geleistet hat! Zunächst gab es ja nicht einmal ein Büro mit einer eignen Adresse, von einem eignen Computer, einer Geschäftsführerin, Praktikanten, definierten Arbeitsgebieten, Presseerklärungen und -konferenzen, regelmäßigen Rundbriefen ...und, und, und... einmal ganz abgesehen. Wie eindrucksvoll der Katalog der bearbeiteten Themen ist, hat Michael Wiehen selbst in seinem "Übergabeprotokoll" noch einmal unterstrichen. Dieses Protokoll lieferte die Grundlage für die Tagesordnung der ersten "richtigen" Vorstandssitzung am 24. November: wir haben die Punkte nicht alle erledigen können, so üppig war das Programm.

Glücklicherweise gehört Michael Wiehen dem Vorstand weiter an und wird die Themen, die er bisher schwerpunktmäßig betreut hat, auch weiter betreuen. So sei hier noch einmal daran erinnert, dass wir ihm auch das kleine funktionsfähige Büro, die Geschäftsführerin und die solide finanzielle Basis verdanken. Ohne seinen hartnäckigen Kampf ums Geld und seine Findigkeit, Organisationsprobleme zu lösen, stünden wir nicht da, wo wir jetzt sind. Und wir können realistischerweise durchaus von einem weiteren Ausbau unseres Büros und damit unserer Präsenz und Leistungsfähigkeit träumen – sicher nicht heute oder morgen, aber vermutlich übermorgen. Und damit sind wir dann wieder bei der Zukunft angelangt...

Ihre

Anke Martiny

GRECO überprüft Deutschland

Prüfgruppe befragt auch TI Deutschland

GRECO (Group of European States against Corruption), eine Gruppierung von Staaten innerhalb des Europarats, hatte TI Deutschland offiziell eingeladen, eine Einschätzung der Qualität und Quantität der Korruptions-Präventions-Bemühungen in der deutschen Verwaltung abzugeben. Wir fertigten eine schriftliche Eingabe an (die im Internet steht), und Michael Wiehen und Ute Bartels sprachen für ca. zwei Stunden mit der Prüfgruppe (drei Experten aus anderen GRECO-Staaten und zwei Angehörige des GRECO-Sekretariats), in Anwesenheit von Beamten aus dem Bundes- und dem bayrischen Justizministerium.

Unsere schriftlichen und mündlichen Einlassungen reflektierten unsere Beurteilung, dass in der deutschen Verwaltung (auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene) viele gute Einzelinitiativen im Gange sind, dass es aber vor allem weitgehend an der ausreichenden Ausstattung mit personellen und finanziellen Ressourcen mangelt, und oft auch an der notwendigen Vernetzung zwischen den einzelnen Behörden. Die Schädlichkeit der Korruption für die Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Funktionsfähigkeit unserer Demokratie ist noch immer nicht überall erkannt.

Wir kritisierten Mängel in der Gesetzgebung, wie etwa das Fehlen einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit juristischer Personen, der Kronzeugenregelung für Korruptionstatbestände, oder die mangelhafte Anerkennung und den Schutz von Hinweisgebern. Wir trugen ferner unsere, den TI-Mitgliedern seit langem bekannten Positionen zur Reform der Parteienfinanzierung vor. Wir kritisierten die mangelnde Transparenz der öffentlichen Beschaffungsverfahren und die Tatsache, dass die an sich guten Regeln so häufig und systematisch nicht eingehalten werden.

Wir betonten schließlich die Notwendigkeit der Einrichtung zusätzlicher Schwerpunktstaatsanwaltschaften und bedauerten die höchst zögerliche Verabschiedung von Informationsfreiheitsgesetzen. Schließlich wiesen wir die Prüfer auf die bedauerliche Abschaffung des Amtes des Bundesdisziplinaranwalts hin.

Unsere Beurteilung war nicht gerade schmeichelhaft, aber – wie wir glauben – objektiv und konstruktiv. Die Reaktion der Prüfer war sehr positiv – vor allem dankten sie uns, dass wir eine so umfassende Darstellung des Problems gegeben hatten. Sie sagten auch, dass die Beurteilung durch das jeweilige TI National Chapter ihnen regelmäßig wertvolle Hinweise gebe. Wir wissen aus Prüfberichten über andere Länder (die von GRECO ins Internet gestellt werden, wenn sie von der geprüften Regierung abgesegnet sind), dass die Position des geprüften Landes auf dem TI Korruptions-Wahrnehmungsindex (CPI) prominent erwähnt wird. In diesem Zusammenhang war es natürlich höchst relevant, dass Deutschland in den vergangenen Jahren im CPI mehrfach abgerutscht ist - Die Reaktion der deutschen Justizbeamten war defensiv und konzentrierte sich eher auf Details unserer Darstellung.

Im Gespräch wollten die Prüfer insbesondere mehr zu den Themen Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte, die Kooperation zwischen Staatsanwälten über die Landesgrenzen hinaus, Hinweispflichten auf Korruptionstatbestände und schwarze Listen als Instrumente der Korruptionsbekämpfung, sowie Bestechung Privat-zu-Privat wissen. Die Abschaffung des Amtes des Bundesdisziplinaranwalts war den Prüfern offenbar noch nicht bekannt.

Leider waren uns die schriftlichen Einlassungen der Bundesregierung selbst zu den geprüften Themen nicht zugänglich - trotz intensiver Versuche; wir haben diese Intransparenz sehr bedauert, aber nichts erreichen können.

Die Prüfgruppe verbrachte drei Tage in Deutschland – in Berlin, Köln/Bonn und München (weil Bayern, neben Berlin, als Beispiel für Prävention auf Landesebene gewählt worden war). Soviel wir wissen, war TI Deutschland die einzige Nichtregierungs-Organisation, die Gelegenheit hatte, im Gespräch mit den Prüfern die Darstellung der Regierungsseite zu ergänzen. In mancher Beziehung war diese Begegnung mit der GRECO-Prüfgruppe eine gute Vorbereitung auf die im Sommer 2002 anstehende Prüfung durch die OECD (siehe auch den Aufruf Seite 9). Es war sehr befriedigend zu sehen, wie hoch das Urteil von TI bei GRECO geschätzt wird.

MICHAEL WIEHEN

GRECO?

Hinter dem Kürzel GRECO verbirgt sich kein Althilologenverein zur Förderung humanistischen Bildungsgutes. Auch keine Gruppe engagierter Kunststudenten, die ihr unsterbliches Maleridol ehren. GRECO – präziser Die GRECO – steht für “Group of States against Corruption” und ist ein dem Europarat in Straßburg assoziiertes Gremium, das neben seiner Funktion als Forum für den Erfahrungsaustausch, auch die Einhaltung der *Leitprinzipien im Kampf gegen die Korruption*, sowie die Umsetzung der Rechtsabkommen im Rahmen des *Aktionsprogramms gegen Korruption (1996)* überwacht. Die Mitgliedschaft in der GRECO steht allen Staaten offen, die die diesbezügliche Übereinkunft unterzeichnen oder Partei der *Strafrechts- bzw. Zivilrechtskonvention gegen Korruption* werden. Damit können auch Staaten, die nicht dem Europarat angehören der GRECO beitreten.

Gegenwärtig beläuft sich die Mitgliederzahl auf 31 Staaten. Durch seine Mitgliedschaft akzeptiert der betreffende Staat automatisch die Überwachungsmechanismen der GRECO. Die Überwachung geschieht hauptsächlich durch speziell zu diesen Zweck ernannte Expertengruppen, die Informationen über die Rechtslage und -praxis, sowie die Präventionsmechanismen des zu untersuchenden Landes sammeln und hierzu auch Vor-Ort-Befragungen durchführen. Die Expertengruppe formuliert schließlich einen Berichtsentwurf, der im GRECO Plenum, das sich aus Repräsentanten der Mitgliedsstaaten zusammensetzt, diskutiert und angenommen werden muss. Bislang sind 12 Länderberichte offiziell angenommen worden.

Die letzte Plenarsitzung, in der über die Annahme der Länderberichte zu Irland und Zypern entschieden wurde, fand – nach Redaktionsschluss – vom 17.12– 20.12. statt.

Weitere Informationen unter www.greco.coe.int (ck)

“Give us a good example to follow“

Bericht von der 10. Internationalen Anti-Korruptionskonferenz 7.-11. Oktober 2001, in Prag

Gastgeber der alle zwei Jahre stattfindenden *International Anti-Corruption Conference* (IACC) war dieses Jahr Prag. Neben dem festlichen Eröffnungsabend mit der Verleihung der *Transparency International Integrity Awards*, standen für die rund 1100 registrierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus aller Welt vier große Plenumsveranstaltungen und 114 Workshops auf dem Programm.

Besonders gut gelungen sind den Veranstaltern die Abendveranstaltungen, die für alle Teilnehmenden, die die schönen sonnigen Tage im Kongresszentrum verbringen mussten, wenigstens einen Hauch von Prags kultureller Bedeutung und Pracht haben spüren lassen. Allerdings kamen Vegetarier und Menschen, die kein Schweinefleisch essen, kulinarisch nicht so auf ihre Kosten wie die Freunde der böhmischen Küche.

Die Plenumsveranstaltungen zu den Themen “Verantwortlichkeit der Politiker” (Montag 8.10.), “Schaffung eines korruptionsfreien privaten Wettbewerbs” (Dienstag 9.10.), “Stärkung institutioneller Abwehrkräfte” (Mittwoch 10.10.), sowie “Stärkung der Zivilgesellschaft und die Bedeutung der Medien” (Donnerstag 11.10.) waren personell hochrangig besetzt: von Vaclav Havel und Milos Zeman, dem tschechischen Präsidenten und Ministerpräsidenten, über Seiichi Kondo, den Stellvertretenden Generalsekretär der OECD, und Cheryl Gray, Director of the Public Sector der Weltbank bis hin zu Freimut Duve, dem Verantwortlichen für die Medien der OSZE, George Soros und Vicente Fox, dem Präsidenten Mexikos. Dies sind nur ein paar Namen und Institutionen unter vielen Gleichrangigen, die man hätte nennen können.

Die Veranstaltungen waren inhaltsreich und durchwegs so angelegt, dass die Zuhörenden Mut und Zuversicht für ihr eignes Tun gewinnen konnten. Die Tendenz wurde von Ronald Noble, dem Generalsekretär von Interpol, präzise so beschrieben: “Die Globalität von Korruption zu bekämpfen, kann mutlos machen. Aber wenn man das Problem lokal und individuell angeht, lässt

sich etwas bewirken”. In diesem Sinne stärkten die Plena die Delegierten in ihren individuellen Kämpfen gegen die Korruption, vor allem weil die Vortragenden durchweg glaubwürdige und lautere Charaktere darstellten.

Die Workshops die ich besuchen konnte, waren von unterschiedlicher Qualität. Besonders interessant war die Veranstaltung mit dem Titel “Conflict of Interest in Civil Society Organisations: Can they be managed?” – Dieser Workshop hat mir deutlich gemacht, dass gerade für NGOs Transparenz und ein eigener Ethik-Code von großer Bedeutung sind, um ihre gesellschaftliche Glaubwürdigkeit zu bewahren. Besonders dann, wenn man Zuwendungen privater Spender haben möchte, müssen die Aktivitäten transparent und nachvollziehbar sein. Das hat Auswirkungen auch auf unsere Arbeit als TI Deutsches Chapter. – Der Workshop war gut organisiert, und die Beiträge hatten hohes Niveau. Leider war die Zeit für Diskussion zu kurz.

Am Mittwoch war ich selbst als Koordinatorin für zwei Workshops zu Korruption und Gesundheit gefordert. Drei der vorgesehenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten wegen der Ereignisse am 11. September nicht kommen, so dass wir mit ihren Vortrags-Résumés arbeiten mussten. Glücklicherweise konnte Prof. Dan Wikler von der WHO einspringen und wichtige Erläuterungen zu den USA und Kanada geben. Ich denke, die Vorträge gaben einen guten Überblick über die Probleme in den verschiedenen Regionen der Welt. Besonders große Resonanz fanden die Darlegungen bei schwarzafrikanischen Delegierten und solchen aus Ost- und Südosteuropa. Als Schlussfolgerung kann man sicher den Satz von Marie-Noelle Patterson aus Vanuatu zitieren: “Give us a good example to follow!”, denn die korruptiven Missstände auf dem Gesundheitsfeld sind in den angeblich vorbildlichen Ländern wie den USA, Deutschland, Kanada und Großbritannien nicht kleiner als in Asien und Afrika.

ANKE MARTINY

Wirtschaftsprüfer gegen Korruption

In ihrer Ausgabe vom 30.11.01 berichtet die *Financial Times* Deutschland, dass immer mehr Unternehmen mit Hilfe von Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gegen Korruption im eigenen Haus vorgehen. So ermittelte die Frankfurter Messegesellschaft in Zusammenarbeit mit PricewaterhouseCoopers (PwC) einen internen Schaden von ca. 12 Mio. DM.

In dieser Zusammenarbeit liegt auch ein großer Nutzen für die Strafverfolgungsbehörden. Die überlasteten und personell oft unterbesetzten Staatsanwaltschaften erhalten von den Wirtschaftsprüfern aussagekräftige Beweise vorgelegt. Dies allerdings nur, wenn es das auftraggebende Unternehmen so wünscht, was aber leider nicht immer der Fall ist. Viele Firmen bevorzugen den “goldenen Handschlag”, um eine öffentliche Auseinandersetzung zu umgehen.

Für die Wirtschaftsprüfer stellen die Ermittlungen in diesem Bereich ein wachsendes Geschäft dar. Deshalb gründen die großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften derzeit spezielle Anti-Korruptions-Abteilungen. Nach Schätzung von Dieter John (Leiter der Abteilung Integrity Services bei KPMG), könnte hinter jeder zweiten mittelständischen Insolvenz ein wirtschaftskriminelles Delikt stehen. Ein weiterer Hinweis auf die hohe Dunkelziffer bei Korruptionsdelikten.

ULRICH BUSCHMANN

Economics of Corruption, die zweite

Im April 2002 wird PD Dr. Johann Graf Lambsdorff an der Universität Göttingen zum zweiten Mal den Kurs “The Economics of Corruption“ anbieten.

Der Kurs führt in die Theorie und Praxis von Korruptionsreformen ein. Auch Studenten anderer Disziplinen und Postgraduierte sind willkommen. Die Teilnahme ist kostenlos.

Weitere Informationen finden sich im Internet unter www.gwdg.de/~uwvw oder www.uni-goettingen.de/%7Euwvw

GASTBEITRAG

Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung in der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ)

Von Gerald Kühnemund

In vielen Ländern, in denen die KfW Projekte in der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) fördert, ist Korruption ein verbreitetes Phänomen. Sie führt zu Wettbewerbsverzerrungen und Nachteilen für die Entwicklung des betreffenden Landes. Diese können die Ergebnisse der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit insgesamt zum Teil erheblich mindern. Die KfW wird daher im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit ihre Möglichkeiten für einen aktiven Beitrag zur Korruptionsbekämpfung noch stärker nutzen.

Für alle Finanzierungs- und Darlehensverträge der FZ, die ab 1. Oktober 2001 geschlossen werden, werden daher künftig ergänzende Korruptionsklauseln aufgenommen. Der Darlehensnehmer bzw. Zuschussempfänger muss sich hierin verpflichten, dass er Sorge dafür trägt, dass die von ihm mit der Vorbereitung und Durchführung des Projektes betrauten Personen keine rechtswidrigen Zahlungen oder sonstige Vorteile verlangen oder annehmen. Die KfW weist ihre Vertragspartner explizit darauf hin, dass bei Verletzung dieser Klausel Auszahlungen gestoppt und bereits geleistete Zahlungen zurückverlangt werden können. Die neue Klausel stärkt die juristische Position der KfW. In Zweifelsfällen muss der Vertragspartner seine angemessenen Bemühungen zur Korruptionsvermeidung nachweisen.

Ergänzend wurde eine Selbstverpflichtungserklärung für Lieferanten und Consultants in die Vergaberichtlinien integriert. Zukünftig wird damit die Abgabe einer Verzichtserklärung auf Vorteilsgewährung zu einer zwingenden Voraussetzung für eine Beteiligung an FZ-finanzierten Ausschreibungen. Ergänzend werden z.Z. die Vergaberichtlinien für Lieferungen und Leistungen grundlegend überarbeitet. Zielsetzung der Überarbeitung ist u.a. die Verbesserung der Transparenz und der Wettbewerbsorientierung der Vergabeverfahren. Transparency International ist in die Überarbeitung der Vergaberichtlinien eingebunden.

Bereits seit mehreren Jahren überprüft und erweitert die KfW ihre Möglichkeiten zur Gewährleistung korruptionsfreier Verfahren. 1998 hat eine hausweite Arbeitsgruppe "Korruptionsvermeidung" ihre Arbeit aufgenommen. Die aus verschiedenen Bereichen des Hauses zusammengesetzte Gruppe soll Korrupti-

onsrisiken analysieren und vermeiden helfen.

Erstes Ergebnis der Arbeitsgruppe war die Erstellung von "Verhaltensregeln zur Korruptionsvermeidung". Hierin sind die für die Mitarbeiter des Hauses gültigen Verhaltensregeln festgelegt worden. Neue Mitarbeiter erhalten eine Kopie und werden bei Einführungsveranstaltungen gesondert informiert. Die Abteilungsleiter sind gehalten, mindestens einmal jährlich in Abteilungsbesprechungen die Korruptions-thematik mit ihren Mitarbeitern zu diskutieren.

Für die Ausschreibung und Vergabe eines Betreibervertrages für eine Kläranlage zur Wiedergewinnung von Trinkwasser in Windhoek, Namibia, wurden strenge "Prohibity Rules" ausgearbeitet und umgesetzt, die im wesentlichen Transparenzregeln für den Umgang zwischen allen interessierten Akteuren festlegen. Im Falle des Projektes in Windhoek bewerten wir die Erfahrungen mit dem strikten Regelwerk sehr positiv. Ferner hat die KfW in einzelnen Projekten Vorschläge von Transparency International aufgegriffen, um neue Verfahren zu testen. Bei einem "Brückenprojekt Cotonou" (Benin) wurde in Kooperation mit dem TI Sekretariat in Berlin eine Korruptionsverzichtsklausel in die Ausschreibungsunterlagen integriert.

In der seit Juni 2001 zum KfW-Konzern gehörenden Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) sind seit 1999 eigens entwickelte Leitsätze (Codes of Conduct) in Kraft, die durch die Verhaltensrichtlinien der International Chamber of Commerce (ICC) zur Bekämpfung der Korruption im Geschäftsverkehr ergänzt werden. Flankierend hat die DEG ihre Prüfpläne im Neugeschäft und in der Projektbetreuung um den Aspekt Korruptionsbekämpfung ergänzt, sowie einen Ombudsmann ernannt, der die Mitarbeiter der DEG zum Thema Korruption und deren Bekämpfung berät und unterstützt.

Um ihre Hebelwirkung zu verstärken, steht die DEG in engem Kontakt mit ihren europäischen Schwesterinstituten und der IFC mit dem Ziel einer einheitlichen Haltung gegenüber Kunden und Partnern.

Auch in der Export- und Projektfinanzierung sind die Bemühungen zur Korruptionsvermeidung weit vorangeschritten. Nachdem bereits im vergangenen Jahr die neuen Antikorruptionsklauseln

der Hermes-Deckung in die Verträge integriert worden sind, wurden auch hier im Herbst 2001 explizite Korruptionsklauseln aufgenommen. Mit ihnen versichern die Darlehensnehmer, dass das entsprechende Projekt ohne Korruption zustande gekommen ist. Verstöße gegen diese Klauseln können auch hier zu einem Auszahlungsstopp oder sogar Vertragskündigungen führen.

Der Autor arbeitet im Auslandssekretariat der Kreditanstalt für Wiederaufbau

Tagung Datenschutz und Informationsfreiheit in Potsdam

Am 8. und 9. Oktober trafen sich in Potsdam rund 100 Datenschutzexperten, hauptsächlich aus Deutschland. Anlass war die Tagung "Informationsfreiheit und Datenschutz in der erweiterten Europäischen Union", zu der der Landesbeauftragte für den Datenschutz aus Brandenburg geladen hatte, in Zusammenarbeit mit der Alcatel SEL Stiftung für Kommunikationsforschung und der Deutschen Gesellschaft für Recht und Informatik.

Ein Themenschwerpunkt der Tagung lag auf der Schaffung eines dem Gemeinschaftsrecht entsprechenden Datenschutzes- und Transparenzniveaus in den Kandidatenländern; der zweite Schwerpunkt der Tagung lag auf der Rolle, die die Medien beim Umgang mit personenbezogenen Daten spielen.

Anders als man meinen sollte, konnte das Thema Terrorismus in den Diskussionen der Tagung nicht viel Raum für sich beanspruchen. Offenbar spielt es in der Arbeit der Datenschützer doch eine weitaus geringere Rolle, als man angesichts der Medienberichterstattung annehmen könnte.

Üppige Korruption in der deutschen Provinz In Wuppertal sitzt die halbe High Society in Haft, und keiner will es wissen / von Werner Rügemer

Als Gerd Kolbe noch der ungekrönte Herrscher von Wuppertal war, rollte er selbstbewusst mit seinem schwarzen Jaguar durch die Metropole des Bergischen Landes. Im Autokennzeichen prangten seine Initialen, versehen mit der ihm zustehenden Nummer eins: W – GK 1. Mitte der 80er Jahre hatte sich der Justizbeamte, erst knapp über vierzig Jahre alt, "aus Gesundheitsgründen" pensionieren lassen und trug fortan den Titel "Amtsanwalt a.D." Krank war er freilich kaum, sondern wurde erst richtig aktiv, als Immobilien- und Beziehungshändler, als Projektentwickler, als Partylöwe. Er fädelte Bauprojekte ein, sass im Vorstand stadtnaher Stiftungen und unterhielt beste Beziehungen zu den beiden Parteien SPD und CDU.

Der Provinzkönig auf luxuriöser Flucht

Doch Ende 1998 begibt sich Gerd Kolbe auf die Flucht, freilich auf eine luxuriöse Flucht. Das kleine Lokalradio Wuppertal hat einige Andeutungen zu möglicher Korruption gemacht. Weihnachten 1998 verbringt Kolbe für 5.000 DM im berühmten Hotel Schloss "Hugenpoet" in Essen. Dann setzt er sich in die Schweiz ab. Ein Steuerberater aus Heckinghausen bei Wuppertal stellt ihm seine Villa in Thion/Wallis zur Verfügung. Zwischendurch steigt der Flüchtige mehrfach im Luxushotel "Quellenhof" in Bad Ragaz ab, direkt an der Grenze zu Liechtenstein. Dort hat er offensichtlich Wichtiges zu erledigen. Er gibt seinen schwarzen Jaguar zurück und kauft sich einen gebrauchten Landrover Discovery mit einem unauffälligen Klever Kennzeichen. Zwischendurch wird er im Hotel "Adlon" in Berlin gesichtet, ebenfalls im noblen „Baur au Lac“ in Zürich. Überall trifft er wichtige Leute. Zeitweise wohnt er unter falschem Namen im Landhaus eines Geschäftsfreundes in Lehnitz/Brandenburg. Mehrfach reist er nach Mallorca, wo Wuppertaler Freunde Villen und Yachten besitzen.

Seit Mitte 2000 wird Gerd Kolbe von der Wuppertaler Staatsanwaltschaft gesucht. Im November 2000 spüren ihn die Fahnder im bayerischen Nobelkurort Rottach-Egern auf und bringen ihn ins Gefängnis seiner Heimatstadt. Nach drei Monaten Haft fängt er vor dem Vernehmungsrichter an zu plaudern. Das Protokoll soll 6.000 Seiten lang sein. Im April 2001 kommt er gegen eine Million DM

Kaution unter Auflagen frei. Einen Monat später vollstreckt die Staatsanwaltschaft die Haftbefehle gegen acht Wuppertaler Prominente. Die Vaterstadt des Kapitalismuskritikers Friedrich Engels und des Bundespräsidenten Johannes Rau hat ihren Skandal, den sie bis heute verdrängt. Und auch das restliche Deutschland einschliesslich der angeblich so sensationsgeilen Boulevardpresse und einschliesslich der kritischen Medien wie "Der Spiegel" schweigt wie ein Grab.

Die örtliche Elite schröpft die städtische Wohnungsbaugesellschaft

Zu den acht Prominenten gehören der Direktor der Deutschen Bank Wuppertal-Barmen, der Direktor der Diakonie Wuppertal-Elberfeld, ein Bauunternehmer, ein europaweit bekannter Architekt, schliesslich die beiden Geschäftsführer der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWG. Über Jahre hinweg sollen sie mit zahlreichen Helfershelfern die GWG, die zu 75 % der Stadt und zu 25 % den Arbeitgeberverbänden gehört, systematisch betrogen und sich selbst bereichert haben. So gab die GWG für zwei Luxus-Seniorenresidenzen mithilfe des Diakonie-Direktors Mietgarantien für 20 Jahre, ebenso für ein Studentenheim. Doch die Mieten erwiesen sich als zu hoch, die Heime stehen bis heute halbleer. Das Gelände einer ehemaligen Brauerei wurde für 7 Mio Mark angekauft, der Marktpreis lag aber nur bei 1 Mio. Oberstaatsanwalt Alfons Greverer: "Wir werfen den Beschuldigten vor, zehn Jahre lang zum Nachteil der GWG Grundstücke überhöht gekauft, darauf Gebäude zu überhöhten Preisen errichtet und den Gewinn unter sich aufgeteilt zu haben."

Die meisten Prominenten sind mittlerweile aus der Haft entlassen, nachdem sie Teilgeständnisse abgelegt haben. Bauprojekte wurden ohne öffentliche Ausschreibung vergeben, Gerd Kolbe hat die Aufträge "koordiniert". Bauunternehmer Gerlich hat gestanden, 2,5 Mio an Schmiergeldern u.a. an die GWG-Geschäftsführer gezahlt zu haben. Das Geld habe er durch überhöhte Rechnungen wieder hereingeholt. Diakonie-Chef Reiter gab zu, von Gerlich 300.000 Mark Schmiergeld kassiert zu haben. Dem Einbau einer viel zu teuren Telefonanlage in einem Seniorenheim habe er gegen Gefälligkeiten durch einen anderen Unternehmer zugestimmt. Der Di-

rektor der Deutschen Bank kam gegen eine Kaution von einer Million frei. Unternehmer Gerlich hinterlegte ebenfalls eine Million, ihm wurde der Pass abgenommen. Vermögen und Sachwerte der Prominenten in Höhe von 3,2 Mio Mark wurden eingefroren. Gerichtsvollzieher kleben in Wuppertal Siegel auf teure Autos und Goldbarren, die in heimischen Tresoren lagern.

Die Verluste der GWG betragen mindestens 20 Mio Mark, vielleicht 100 Mio.. CDU und FDP wollen nicht die Verantwortlichen zu Schadenersatz heranziehen, sondern die GWG und ihre 9.000 Wohnungen verkaufen. Die Ratsitzungen im Juli 2001, in denen dieser Antrag verhandelt wurde, waren die bestbesuchten in der Wuppertaler Nachkriegsgeschichte. 200 Besucher brachen in Jubel aus, als SPD, Grüne und PDS mithilfe eines CDU-Überläufers den Antrag ablehnten. Für den Fall, dass die bürgerliche Mehrheit ihr Projekt weiterverfolgt, wurde ein Bürgerbegehren gegen die Privatisierung angekündigt.

Anfang August 2001 wurde schliesslich der Wuppertaler SPD-Ratsherr Jürgen Specht in Haft genommen. Dem Ingenieur wirft die Staatsanwaltschaft Bestechlichkeit in mindestens fünf Fällen vor. In einem Fall erhielt Spechts Leverkusener Scheinfirma 34.000 Mark. Das Geld kam von der Dortmunder Baumarktkette Hellweg. Dafür soll Specht als baupolitischer Sprecher seiner Partei und Mitglied verschiedener Ausschüsse mitgeholfen haben, die Bauauflagen abzuschwächen. Specht erhielt auch Zahlungen und Aufträge der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWG.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun auch gegen den Investor Uwe Clees. Er soll ebenfalls an Spechts Scheinfirma gezahlt haben, und zwar 400.000 Mark. Die Staatsanwaltschaft durchleuchtet Bauprojekte wie den Wicküler Park und die Sporthalle Gathe, bei denen Clees den Ratsherrn mit Statikaufträgen versorgt hat. Clees und Specht haben auch die politische Landschaft gepflegt. So wurde bekannt, dass Clees an Spechts Partei im letzten Wahlkampf 250.000 Mark spendete, während Specht seiner eigenen Partei immerhin mit 180.000 Mark unter die Arme griff, der dritthöchsten Spende, die die SPD bundesweit für das Jahr 1999 auswies.

In der frömmelnden Metropole des bergischen Landes mit ihren 380.000 Einwohnern darf man aber auch die CDU nicht vergessen – Clees spendete ihr 125.000 Mark. Deshalb überraschte es niemanden, als nun bekannt wurde, dass

(Fortsetzung auf Seite 6)

der CDU-Ratsherr Manfred Decker ebenfalls Clees-Aufträge erhalten hat – das hatte er bisher abgestritten. Decker sitzt in den selben zahlreichen Ausschüssen, in denen auch Specht sitzt. Bei Baufragen gibt es nie Streit zwischen den beiden Parteien.

Ein kleiner Anstoss genügt...

Die Wuppertaler Staatsanwaltschaft gehört in Sachen Korruption zu den aktivsten in der Bundesrepublik und hat schon einige Dutzend städtische Beamte hinter Gitter gebracht. Der Fall GWG gehört zu den grössten Korruptionsaffären Deutschlands, nur Deutschland weiss es noch nicht. Kein überregionales Medium hat darüber berichtet, obwohl die Schlüsselfigur, der GWG-Berater Gerd Kolbe, bereits im Oktober 2000 verhaftet wurde und solche Größen wie den ehemaligen Bild-Chefredakteur und Kohl-Berater Peter Boenisch sowie den Geschäftsführer von Bayern München, Karl-Heinz Rummenigge, zu seinen engsten Freunden zählt. Die politische Elite schwankt zwischen dumpfer Abwehr und halber Rechtfertigung. Parteifunktionäre sind aufgebracht. Vera Dedanwala, Wuppertaler Landtagsabgeordnete der SPD: "Es ist unerhört, dass man nun die Namen der Beschuldigten in der Öffentlichkeit nennt." Der CDU-Bürgermeister Peter Jung glaubt sich mit folgendem entschuldigen zu können: "Wir haben Schwierigkeiten, genügend Kandidaten für die Kommunalwahlen aufzustellen. Wir sind froh über jeden, der sich engagiert. Ämterhäufung ist unvermeidlich."

Wie fest und brüchig zugleich das korruptive Geflecht beschaffen ist, wird an der Art und Weise der Aufdeckung des Skandals deutlich. Im Sommer 1998 kam der kurz vor seiner Pensionierung stehende Stadtkämmerer Dr. Elmar Schulze für einige Monate in den Aufsichtsrat der GWG. Der Neuling schöpfte in den nur zwei Sitzungen, an denen er teilnahm, sofort Verdacht: Die Bauaufträge wurden immer an die selben Firmen vergeben. Schulze schickte dem Oberbürgermeister eine interne Notiz, das Rechnungsprüfungsamt erstellte einen Geheimbericht. Die Staatsanwaltschaft wurde eingeschaltet. Es bedurfte also nur eines geringen Anstosses, um das jahrzehntelang funktionierende, so scheinbar fest gefügte Geflecht aus den Angeln zu heben.

Als weitere Bedingung für das Aufbrechen der jahrzehntealten Seilschaften erwiesen sich aktive Medien. In Wuppertal gibt es seit alters her eine einzige Zeitung: Die "Westdeutsche Zeitung". Sie ist

typisch für Dutzende ähnlicher Regionalzeitungen, die, mit der örtlichen Unternehmerschaft und den Parteispitzen verbunden, ebenso ruhig wie effektiv ihr lokales Medienmonopol ausübt. Von ihm war nichts zu "befürchten". Bewegung in die Sache kam allein durch den kleinen Rundfunksender "Radio Wuppertal". Dem schloss sich mit Verzögerung das WDR-Regionalbüro Wuppertal an. - Das knappe Dutzend der Wuppertaler Kriminalpolizisten und Staatsanwälte ermittelt gegen 635 Verdächtige - die Ermittlungen stehen erst am Anfang.

Grundsatzurteil des BGH zum Thema Preisabsprachen

Überrascht zeigte sich der stellvertretende Vorsitzende des Ersten Strafsenats des BGH, Armin Nack, wie die FAZ in ihrer Ausgabe vom 19.07.01 berichtete. In einem Grundsatzurteil hat das Gericht die Strafverfolgung bei verbotenen Preisabsprachen erleichtert. Es bestätigte damit ein Urteil des Landgerichts München I vom letzten Jahr. In dem Verfahren war es um illegale Preisabsprachen beim Bau des Münchener Flughafens gegangen.

Die neue Rechtslage, die Ausschreibungsbetrug nicht mehr nur bei förmlichen Vergabeverfahren der öffentlichen Hand, sondern auch bei freihändiger Vergabe sowie bei privaten Aufträgen unter Strafe stellt, erleichtert die Strafverfolgung nicht unwesentlich. So muß den Angeklagten nicht mehr, wie bisher, nachgewiesen werden, dass sie eine ausdrückliche Absprache zu Lasten des Auftraggebers getroffen haben. Das Gericht darf nunmehr unterstellen, dass diese Absprache stillschweigend erfolgt ist. Auch der Beleg einer Schädigung des Auftraggebers wird erleichtert. Anstatt der aufwändigen Berechnung eines hypothetischen Marktpreises, reicht jetzt der Nachweis illegaler Aufschläge.

Warum Herr Nack überrascht war? Nun, er konnte sich nicht so recht erklären, warum sein Gericht auf diese "eigentlich naheliegende Überlegung" nicht schon viel früher gekommen ist.

CARSTEN KREMER

BKA Lagebild 2000:

Zahl der Korruptionsverfahren in Deutschland steigt weiter an

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat Ende Oktober sein "Lagebild Korruption in der Bundesrepublik Deutschland – 2000" herausgegeben. Die darin enthaltenen Zahlen geben ein trauriges Bild – die Zahl der Verfahren ist gegenüber dem Vorjahr um 20% angestiegen, die Zahl der Tatverdächtigen um 12,5%. Diese Zahlen sind signifikant. Selbst wenn sie vor allem eine verstärkte Verfolgung durch die Polizei reflektieren sollten, so signalisieren sie doch sicherlich auch einen weiteren Anstieg der Korruption. Man muss natürlich auch bedenken, dass es bei Korruptionsstraftatbeständen erfahrungsgemäß eine besonders hohe Dunkelziffer gibt (weil Bestecher und Bestochener an der Geheimhaltung interessiert sind).

So verdienstvoll die Veröffentlichung der Korruptionsdaten durch das BKA ist, so verwirrend ist allerdings, dass die parallel veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) völlig andere Zahlen nennt: Dort ist die Zahl der Fälle von 1999 auf 2000 um 73%, die Zahl der Tatverdächtigen gar um 150% gestiegen. Der Grund für die Differenzen ist, dass beide Statistiken verschiedene Methoden anwenden: Die PKS-Statistik basiert auf der Weitergabe von Fällen an die Staatsanwaltschaft (Ausgangsstatistik), die BKA-Statistik aber auf dem Beginn polizeilicher Ermittlungen (Eingangsstatistik).

Es wäre hilfreich, wenn Fälle der erst kürzlich strafbar gemachten Bestechung ausländischer Amtsträger und von EU-Beamten gesondert ausgewiesen würden; man kann nur hoffen, dass das in Zukunft geschieht. Insgesamt ist die offizielle statistische Berichterstattung über Korruption in Deutschland weder vollständig noch einheitlich und unterstützt daher die systematische Verfolgung dieses Krebschadens der Nation nur unzureichend.

MICHAEL WIEHEN

Transparenz und Verantwortung

Jahreskonferenz von TI Deutschland in Berlin

Nach fast einjähriger Vorbereitung fand am 28. September 2001 in den Räumen der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin die diesjährige Jahreskonferenz von TI Deutschland statt. Zwei Mitveranstalter waren diesmal gewonnen worden: die *Bundeszentrale für politische Bildung*, Bonn, und der *Verbraucherzentrale Bundesverband, bvzv*, Berlin. "Transparenz und Verantwortung" lautete der Titel, "Die Fehlentwicklungen im deutschen Gesundheitswesen kommen uns teuer zu stehen".

Rund 120 Teilnehmende waren zu Beginn der Tageskonferenz anwesend, die - wie üblich an einem Freitag - nach der Mittagspause deutlich wegröpfelten. Aber das Programm war dicht gedrängt und bot womöglich wieder einmal zu wenig Raum für die eigne Beteiligung der Anwesenden. Bei der Pressekonferenz in der Mittagspause, in der die neue Untersuchung von TI Deutschland vorgestellt wurde, wurden neunundzwanzig MedienvertreterInnen gezählt.

Die Konferenz stellte zunächst die Leistungsfähigkeit des deutschen Gesundheitswesens in den internationalen Vergleich und forderte anschließend Bundesregierung und Opposition auf, den Reformbedarf aus ihrer Sicht darzustellen. Dann folgten Darstellungen der Defizite aus der Sicht von *bvzv*, von TI Deutschland, einem Bundesland und den Kassen und Medizinverbänden. Der dritte Teil der Konferenz beschäftigte sich mit den Empfehlungen des Sachverständigenrates für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen im Hinblick auf Patientenschutz und Patientenrechte in Deutschland.

An der TI-Untersuchung mit dem Titel "Missbrauch, Betrug und Verschwendung. Der undurchsichtige Wildwuchs im Gesundheitswesen spottet jeder Kontrolle", hatten über mehrere Monate Medizinsachverständige jeder Couleur, Juristen und auch ein Staatsanwalt mitgewirkt. Fast alle waren in den Monaten zuvor TI-Mitglied geworden. Die Untersu-

chung listet die Missstände bei den Ärzten, Apotheken, den Universitäten und in der Pharmaindustrie auf und gibt Hinweise, wo Verbesserungen möglich sind, die nicht das ganze System aushebeln.

Das Echo war breit, aber bei den Medien nicht durchgängig positiv. Viele Journalisten bemängelten, dass TI nicht deutlich genug "Ross und Reiter" genannt und die Schadenssumme nicht beziffert habe. Die medizinische Fachpresse reagierte empfindlich, weil ihre Klientel sich (zu Recht) angegriffen fühlte. Die Ergebnisse der Untersuchung flossen ein in zwei international besetzte Workshops zu "Corruption and Health", die auf der Internationalen Anti-Korruptionskonferenz in Prag stattfanden.

Die Expertengruppe wird im Januar erneut zusammentreten, um zu beraten, wie mit dem Arbeitsergebnis weiter umgegangen werden soll. Es ist auf der TI-Website zu finden und hat in der Zwischenzeit weitere Medizinexperten bewegt, bei TI Mitglied zu werden.

ANKE MARTINY

Tagung auf Schloss Raesfeld

Praktiker aus Holland und Deutschland diskutieren Methoden der Korruptionsprävention

Uwe Leysieffer, Leiter Innenrevision des Wupperverbandes (eines Gebiets-Wasserverbandes) und TI-Mitglied, lud zum 2. Erfahrungsaustausch zwischen Praktikern aus Holland und Deutschland ins westfälische Wasserschloss Raesfeld ein, und ca. 20 Staatsanwälte, Richter, Kriminalbeamte, Zollbeamte, Leiter von Korruptionszentralstellen und Unternehmensberater kamen. Co-Sponsor der Tagung war OLAF, das Antikorruptionsbüro der Europäischen Kommission. TI war, wie schon bei der ersten Tagung im März

dieses Jahres, durch Michael Wiehen vertreten, der das Konzept "Integritätspakt" vorstellte. Die meisten Teilnehmer kannten sich von der ersten Tagung, und die Diskussionen waren konkret, praktisch und konstruktiv.

Die holländischen Teilnehmer stellten zunächst ein sehr anspruchsvolles "Präqualifizierungssystem" der Stadt Amsterdam vor, durch das alle Firmen, die sich an Ausschreibungen beteiligen wollen, eingehend auf technische und finanzielle Qualität sowie auf Integrität geprüft und bei Mängeln von der Ausschreibung ausgeschlossen werden. Das System funktioniert offenbar blendend und kann nur unseren Neid erregen.

Es wurde eine Reihe anderer Themen besprochen; besonders interessant waren die Workshops zur Frage, wie man "Whistleblower" (Hinweisgeber) animieren, aber auch unterstützen und schützen kann. Auch hier war der Austausch der Erfahrungen aus den beiden Nachbarländern höchst nützlich und führte zu konkreten Empfehlungen, die wir in unsere eigene Arbeit zu diesem wichtigen Thema einbringen können (die in einer von TI-Deutschland Vorstandsmitglied Björn Rohde-Liebenau geführten Arbeitsgruppe behandelt werden). In Holland arbeitet man gerade an einem Gesetzentwurf zum Schutz von Hinweisgebern, von dem wir sicher lernen können. Auch einige der deutschen Teilnehmer hatten viel über das Thema nachgedacht, einige hatten ganz spezifische, meistens schlechte, Erfahrungen und beteiligten sich aktiv an der Erarbeitung der Empfehlungen.

Die Teilnahme an solchen Veranstaltungen ergibt sich eher zufällig; diese bestimmte Gruppe hat sich als sehr offen, kooperativ und produktiv erwiesen. Gerade für uns sind einige dieser Kontakte unmittelbar nützlich und hilfreich (wir haben auch über Bußgelder gesprochen!). Es blieb zwar kaum Zeit, die wunderschöne Umgebung des Wasserschlosses auszukundschaften, aber man will sich trotzdem bald wieder treffen.

MICHAEL WIEHEN

Amtsmissbrauch und Ämterpatronage in der Kommunalpolitik

TI-Deutschland will Fakten sammeln und damit Korruptionsprävention betreiben helfen

Der "Cottbusser Filz", aufgedeckt unter Mitwirkung von TI im vergangenen Jahr, ist nicht so bekannt wie der "Berliner Filz", und ist vielleicht auch nicht so teuer, aber beide sind symptomatisch für die überall gegenwärtige Verquickung von Politik, Verwaltung und Wirtschaft auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

TI Deutschland hat sich im vergangenen Jahr mit dem problematischen Feld der Ämterpatronage beschäftigt und eine Veranstaltung zum Thema "Korruption geschieht nicht nur mit Geld" durchgeführt. Die beiden Skandale in Cottbus und Berlin bestätigen erneut, dass Amtsmissbrauch und Ämterpatronage der Korruption auf der kommunalen Ebene massiv Vorschub leisten. Überall dort, wo die wirtschaftlichen und die politischen Entscheidungen über die wesentlichen Entscheidungsträger persönlich eng verflochten sind, besteht die Gefahr, dass Amtsmissbrauch und Korruption die Entscheidungen beeinflussen.

Der Vorstand von TI Deutschland hat einen Vorschlag von Herrn Dr. Jürgen Hempel aufgegriffen, diesen Problemen auf kommunaler Ebene mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Das soll beginnen mit einer Sammlung von Beobachtungen über Symptome und Gründe für Amtsmissbrauch, Ämterpatronage und Korruption auf der Kommunalebene. TI Deutschland möchte interessierte Mitglieder ermutigen, dabei mitzuwirken.

Die Initiative zielt auf die Beobachtung und Sammlung von Symptomen und Ursachen für Korruption, nicht auf die Verfolgung und Aufdeckung des Einzelfalls. Sich dies zu versagen gehört, wie Sie wissen, zu den Grundregeln von TI, nicht zuletzt auch zum Schutz der Mitglieder. Dazu gibt es auf kommunaler Ebene natürlich besonders gute Gründe.

Herr Hempel hat selbst ein vorzüg-

liches Beispiel beige-steuert. Auf Grund der schwachen Konjunktur und der letzten Steuerreform sinken die kommunalen Steuereinnahmen, werden überall Bundes- und Landesmittel gekürzt, und private und öffentliche Investitionen in den Kommunen müssen zurückgefahren werden. Gleichzeitig zogen und ziehen sich, zumindest in Teilen der östlichen Bundesländer, immer mehr Privatbanken aus der Finanzierung wichtiger privater und öffentlicher Projekte zurück. So verschärft sich die Abhängigkeit der Kommunen von den öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten, mit denen sie personell oft eng verflochten sind. Die Marktführerschaft der öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen führt zu immer wirksameren, aber intransparenten Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen in den Kommunalparlamenten und damit auf stadt- bzw. gebietsentwicklungspolitische Entscheidungen.

TI Deutschland ist daran interessiert, die Ursachen für kommunale Korruption und den Amtsmissbrauch zu ermitteln, um allgemeine Verhaltensmuster erkennen und dann durch Verhaltensregeln präventiv tätig werden zu können. Nach unserer Kenntnis liegt dafür ein zentraler Anwendungsbereich in den Ausschreibepraktiken, der Finanzierung und der Rechnungsprüfung von Projekten. Hier ist die parlamentarische oder öffentliche Kontrolle besonders wichtig. Wichtig in diesem Zusammenhang ist TIs Kampf für die Verbesserung der allgemeinen Informationsfreiheitsrechte gegenüber der Verwaltung. Diese gibt es bisher nur in vier Bundesländern.

Wir sind uns bewusst, dass man nur anhand von aussagekräftigen Beispielen aus unterschiedlichen Kommunen im Bundesgebiet solche Symptome erkennen und systematisch Schlussfolgerungen ziehen kann. Deswegen bitten wir unsere

Mitglieder, uns aus ihren Kommunen Beispiele zu nennen, wie Transparenz auf der Kommunalebene und in den kommunalen Körperschaften erreicht werden kann.

Wer an der Mitarbeit interessiert ist und sachkundige Informationen aus seiner Region zum Thema beisteuern kann, wende sich bitte an das Vorstandsmitglied Dr. Jürgen Hempel: jhempel@transparency.de, bzw. an die Mitglieder Dr. Martina Münch Mmuenchcb@aol.com oder Gisela Kraft giselakraft@aol.com).

TI fordert: Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften zur Korruptionsbekämpfung

In den letzten Wochen ist eine große Anzahl neuer Korruptionsfälle bekannt geworden, die schwerst wiegenden bei der Deutschen Bahn. Dabei ist erneut deutlich geworden, dass die Staatsanwaltschaften in ihrer gegenwärtigen Struktur mit der Aufarbeitung dieser Fälle überfordert sind, weil dies zum einen umfangreiche Spezialkenntnisse erfordert, zum anderen das dezentrale Auftreten der Korruption zu unfruchtbarer Doppelarbeit führt.

TI-Deutschland hat deshalb am 5. Dezember in einem Memorandum an die Justiz- und Innenminister von Bund und Ländern sowie an die Generalstaatsanwälte vorgeschlagen, in jedem Bundesland eine Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung einzurichten, denen jeweils zentrale Ermittlungsstellen der Polizei zugeordnet sein sollten; ferner sollten solche Fälle, bei denen ein überregional tätiges Unternehmen betroffen ist, bei einem zentralen Sonderermittler zusammengeführt werden. Bisher gibt es solche Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften nur in wenigen Orten, und zumeist nicht mit überörtlicher Zuständigkeit.

REINOLD E. THIEL

OECD Konvention – Helfer bei der Bewertung gesucht

Die Umsetzung der OECD Konvention (siehe das Internationale Bestechungsgesetz zur Strafbarkeit der Bestechung ausländischer Amtsträger) und der parallel dazu von den OECD-Mitgliedsstaaten vereinbarten "Empfehlung" in Deutschland wird im Laufe des Jahres 2002 in einem Prozess der Eigen- und Fremdevaluierung bewertet werden. Die "Eigenevaluierung" wird von der Bundesregierung vorgenommen, die "Fremdevaluierung" durch Vertreter von zwei anderen Staaten, die die Konvention ebenfalls ratifiziert haben. Vier nichtstaatliche Organisationen, die bei dem Prozess der OECD Konvention und Empfehlung von Anfang an aktiv dabei waren, sind auch bei diesem Bewertungsprozess aufgefordert, sich zu beteiligen – in Deutschland der BDI, der DGB, die Internationale Handelskammer und TI Deutschland (TI-D).

Für die Eigen- und Fremdevaluierung gibt es einen offiziellen Fragebogen, der im Internet zu finden ist (www.oecd.org). Die Rolle der vier nichtstaatlichen Organisationen ist in einem gemeinsam erarbeiteten "Initial Proposed Framework for Private Sector, Trade Union and Civil Society Consultations" dargestellt. Es geht hier vor allem darum, die von der Regierung vorgelegte Bewertung aus dem Blickwinkel der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft zu ergänzen und den Fremdevaluierern so ihre Arbeit zu erleichtern. Eine detaillierte Liste der in Deutschland besonders relevanten Aspekte der Umsetzung wird noch erstellt, aber es stehen hier im wesentlichen folgende Themen an: wirksame Durchsetzung der Verpflichtungen, öffentliche Wahrnehmung der Korruptionsthematik, firmeninterne Codes of Conduct, Schutz von Hinweisgebern, rechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen, Einbeziehung ausländischer Tochtergesellschaften, Buchführungs- und -prüfungsstandards, Geldwäsche, öffentliche Beschaffungsregeln, internationale Kooperation und Exportkredit- und -versicherungsregeln.

TI Deutschland wird seine Vorberei-

tungen mit den anderen drei Organisationen koordinieren, aber eine eigene Bewertung anfertigen.

Der Besuch der Fremdevaluierer in Deutschland, für den unsere Evaluierung vorliegen muss, ist für den Sommer 2002 vorgesehen. Deutschland ist das dritte zu evaluierende Land: In Finnland hat der Besuch vor ca. 2 Monaten stattgefunden, und der Bericht ist in Bearbeitung; die USA sind das nächste Land, der Besuch wird wahrscheinlich im Frühjahr 2002 stattfinden.

Wie sich aus der oben kurz skizzierten Liste ersehen lässt, kann TI Deutschland eine fundierte Bewertung nur dann erstellen, wenn wir Helfer/Mitstreiter mobilisieren können, die über Fachwissen und praktische Erfahrung zu den genannten Themen verfügen.

Mitglieder, die diese Voraussetzungen erfüllen, sind herzlich eingeladen, sich zu melden und an der "Arbeitsgruppe OECD Bewertung" zu beteiligen. Die AG wird von RA Michael Wiehen, Mitglied des Vorstands, geleitet. **Meldungen – oder Wünsche nach zusätzlichen Informationen - bitte an das Büro (office@transparency.de) oder direkt an Michael Wiehen (mwiehen@transparency.de).**

CORIS Datenbank "online"

Vermutlich keine Weihnachtsgeschenke, wohl aber reichlich Informationen und Materialien zum Thema Korruption findet man ab sofort im Internet, sofern man die Adresse

www.transparency.org/coris/ in das dafür vorgesehene Feld seines Internetbrowsers eintippt. Über die CORIS Datenbank von TI erhält man Zugriff auf mehr als 6.000 Verweise und 1.000 Online-Dokumente. Unter den erfassten Titeln befinden sich u.a. Zeitungsartikel, Gesetzestexte, Bücher, Zeitschriftenbeiträge und Konferenzpapiere. Zusätzlich bietet das CORIS Team Dienstleistungen wie annotierte Bibliographien, Internetrecherche oder die Zusammenstellung von Fallstudien an. (ck)

Nachfolgeaktion Wahlprüfsteine

Bei den diesjährigen Senatswahlen in Hamburg und Berlin hatte TI Deutschland den Parteien "Wahlprüfsteine" übergeben (wir berichteten in RB 19). Die Aktion fand große Resonanz bei der Presse – wir konnten knapp 20 Artikel zum Thema registrieren – und kann insgesamt als erfolgreich und nachahmenswert betrachtet werden.

Die Parteien sollten die 14 Fragen zu den Themen Vergabeverfahren, Ämterpatronage und öffentlichen Unternehmen möglichst so beantworten, dass die Antworten vergleichbar und die nach den Wahlen unternommenen Schritte messbar sind. Die Antworten kamen zahlreich und umfangreich, waren aber nicht unbedingt so verbindlich, wie wir uns dies gewünscht hatten. Dass wir es nicht bei diesem ersten Satz Fragen belassen würden, hatten wir in dem Schreiben an die Parteien angekündigt. Inzwischen ist auf unserer Website eine Presseerklärung zur Einschätzung der Koalitionsvereinbarung in Hamburg nachzulesen. Sobald die Berliner Koalitionsvereinbarung feststeht, sollten wir mit einer solchen Analyse auch bezüglich Berlin an die Öffentlichkeit treten. Im Anschluss an die "Wahlprüfsteinaktion" sollten wir darlegen, was TI in den jeweiligen Bundesländern als nächste Schritte für nötig hält und überwachen, ob die Regierungen Schritte auf dem richtigen Weg unternehmen.

Für diese Aufgaben suchen wir Mitglieder und Interessierte, die bereit sind, an der Fortsetzung dieser politikbegleitenden Aktion in Berlin und Hamburg mitzuwirken. Auch Leser, die die Idee aufgreifen und auf andere Bundesländer übertragen wollen, sind herzlich willkommen. Irene Wiegand (wiegand@zentler.de) und Björn Rohde-Liebenau (brohde-liebenau@transparency.de) beantworten gern alle weiteren Fragen und helfen bei der Koordination.

Annual General Meeting in Prag

Die jährliche TI Mitgliederversammlung (AGM) fand vom 5.-7. Oktober 2001 in Prag statt. Der Kreis der Teilnehmer war groß, die Atmosphäre sehr konstruktiv und positiv. Es gab viele lebhaft Diskussions und gute, von der Mehrheit getragene Beschlüsse.

Peter Eigen präsentierte den Global Corruption Report von TI und gab dann einen Überblick über die Arbeit und die Erfolge von TI im vergangenen Jahr.

Ein ganz entscheidendes Thema war der "Code of Ethics for TI". Für das "Statement of Vision, Values and Guiding Principles" wurden Änderungen diskutiert, die nur teilweise im Sinne von TI-D sind. Der Code ist entscheidend, da nun jedes National Chapter (NC) aufgefordert ist, im Laufe des nächsten Jahres einen Code of Ethics zu erarbeiten. Daneben wurden neue Regeln für die Akkreditierung von NCs und hierfür besonders geeignete Instrumentarien diskutiert.

In der offiziellen Mitgliederversammlung am Nachmittag wurden die finanziellen Ergebnisse vorgelegt, der Vorstand entlastet und die neuen Akkreditierungsregeln, das Value Statement und eine (unwesentliche) Änderung der TI Satzung beschlossen.

Im Anschluß fand eine Sondersitzung für die National Chapters aus West-Europa und Nordamerika statt. Hier wurden vor allem die Vorbereitungen zu den OECD Phase 2 Monitoring Prozessen angesprochen.

Weitere Informationen zum AGM werden sich sicherlich im nächsten TI Newsletter finden (dm/mw)

Neue Mitglieder

- Gregory Bledjian, Berlin
- Dr. Rainer Buchert, Frankfurt
- Stefanie Delgado, München
- Birgit Dohlus, Berlin
- Uwe Dolata, Würzburg
- Thomas Gutsche, Berlin
- Thomas Illmaier, Geesthacht
- Thomas Klöpping, Potsdam
- Carl Kohlbach, Berlin
- Dr. Bernd Monheim, Aachen

Sitzungsmarathon

Neuer Vorstand gewählt/ Prof. Dr. Dieter Biallas übernimmt Vorsitz

In diesem Rundbrief ist gleich von einem ganzen Sitzungsmarathon zu berichten. Ende September fand eine Vorstandssitzung statt, die jährliche Mitgliederversammlung inklusive Neuwahl des Vorstands und die konstituierende Sitzung desselben. Ende November folgte die erste reguläre Sitzung des neuen Vorstands. Der bisherige langjährige Vorsitzende Dr. Michael H. Wiehen wollte sein Amt nicht fortführen, wird aber weiterhin aktiv im Vorstand mitarbeiten. Für seinen unermüdlichen und effizienten Einsatz wurde ihm der speziell kreierte Titel des "Transparenzrats" verliehen.

Wichtigstes Ergebnis der Sitzungen war die Neuwahl des Vorstands und dessen Organisation im Hinblick auf Verantwortlichkeiten und bearbeitete Themen. Unsere Mitglieder kennen die Zusammensetzung des neuen Vorstands bereits aus dem Mitgliederprotokoll, für unsere anderen Leser hier nochmals die Änderungen:

Frau Doris Gothe, Dr. Johann Graf Lambsdorff, Rolf Saligmann und Prof. Dr. Peter P. Waller sind künftig nicht mehr im Vorstand vertreten. TI Deutschland dankt nochmals für ihr Engagement und hofft, dass sie auch weiter aktive Mitglieder bleiben. Als neue Vorstandsmitglieder konnten Dr. Hansjörg Elshorst, Dr. Jürgen Hempel, Dr. Ameli Lüders und Björn Rohde-Liebenau gewonnen werden. Neuer Vorsitzender ist Prof. Dr. Dieter Biallas, Stellvertreter sind Dr. Hansjörg Elshorst und Dr. Anke Martiny.

Die Schwerpunktthemen von TI Deutschland werden weitergeführt und zukünftig federführend von einem Vorstandsmitglied betreut. Der Vorstand steht beratend zur Seite, und die Mitglieder sind aufgerufen, sich an den jeweiligen Themen in Form von Arbeitsgruppen zu beteiligen (siehe entsprechende Aufrufe hier im Rundbrief).

UTE BARTELS

TI-Mitglieder Seminar – Interessenten gesucht

Geschäftsführung und Vorstand von TI überlegen, ein Seminar für unsere Mitglieder durchzuführen. Unser Ziel ist es dabei, alle unsere Mitglieder, aber insbesondere die neuen, einerseits über TI – die Vision und das Konzept, die Strategien und die Instrumente der Arbeit und deren Ergebnisse – zu informieren und andererseits einmal ausgiebige Gelegenheit zu bieten für das persönliche Kennenlernen und einen Austausch der Erfahrungen aus der eigenen TI-Arbeit.

Für die Planung ist es wichtig, zu erfahren, wie breit das Interesse unter den Mitgliedern für so ein Projekt ist. Bisher gehen unsere Überlegungen dahin: es soll ein Wochendseminar (Anreise Freitag gegen Abend, Abreise am Sonntag nach dem Mittagessen) an einem zentralgelegenen Ort werden, Zeitpunkt im 1. Quartal

(nach der Faschingszeit). Seminare an politischen oder kirchlichen Akademien kosten gewöhnlich Geld für die Anreise und die Unterbringung. Können wir das auch so handhaben? Oder sollte TI einen Teil der Kosten übernehmen?

Meldungen und Anregungen bitte an das Büro (office@transparency.de bzw. die Post- oder Fax-Adresse).

Literatur kurz

Bartsch/Platzkow/Trautner (Hrsg.): Der Antikorruptionsbeauftragte Handbuch für die öffentliche Verwaltung. Loseblattwerk, 1 Ordner, ca. 670 Seiten. Inkl. CD-ROM EURO 49,- ISBN 3-472-04508-6

Dezember 2001

Jacques Cory: Business Ethics. The Ethical Revolution of Minority Shareholders. Kluwer Academic Publishers, Boston, Dordrecht, London 2001. ISBN: 0-7923-7300-6.

Die Verankerung ethischer Prinzipien in der Wirtschaft ist keine Modeerscheinung, sondern eine neue wirtschaftliche Stufe, "after taylorism, the marketing, the organization, the quality and the ecology", die sich - friedlich oder aggressiv - durchsetzen wird. Dies versichert Jacques Cory, Autor dieses Buches und Mitglied von TI-Israel. Cory hat eine 30jährige Karriere in der israelischen High-Tech-Industrie hinter sich. Seine Erfahrungen aus den USA, Israel und Frankreich bilden den Hintergrund dieses Buches.

"Business Ethics" berichtet nichts wirklich Neues: Dass die Kleinaktionäre von finanziell relevanten Entwicklungen in "ihren" Firmen zuletzt erfahren, ist ebenso bekannt wie die Tatsache, dass Prozesse von Privatpersonen gegen Großkonzerne zwecklos sind. Beeindruckend ist allerdings, wie detailliert Cory dieses Wissen anhand umfassend recherchierter Fälle belegt. Die Fallschilderungen demonstrieren, wie Konzerne ihre Verbrechen an den Kleinanlegern derart verkomplizieren, bis der Justiz und den Medien das Unethische und Illegale ihres Verhaltens nicht mehr durchschaubar ist.

Cory will jedoch auch gar nichts Neues berichten, sondern vielmehr die Masse der Kleinanleger auf das Unrecht, das ihnen geschieht, aufmerksam machen. Immerhin verfügen sie eigentlich über große Macht, denn zusammengekommen sind sie meist die größten Aktionäre einer Firma. Außerdem haben sie ein - bisher hauptsächlich moralisches - Recht auf Mitbestimmung: Denn sie sind "das Volk" des Firmenstaats und sollten daher demokratisch mitbestimmen können. Unterstützung finden unethische Verhaltensweisen in den absurden Moralvorstellungen unserer Gesellschaften: Während Firmenbosse, die sich auf Kosten der Kleinaktionäre bereichern, von ihren Kollegen mit Bewunderung betrachtet werden, sieht man Whistleblower, die auf ihr Gewissen hören und Verantwortung für die Allgemeinheit übernehmen, als Verräter an.

Lösungen für die Probleme sieht Cory in der Nutzung des Internets und in "Schwarzen Listen". Außerdem plädiert er für ethische Fonds, von denen er

gleich eine ganze Reihe auflistet. Problematisch für manchen Leser/Anleger mag an den genannten Fonds sein, dass sie oft aus religiösen Gründen entstanden sind und daher den Handel mit Alkohol und Tabak für besonders unmoralisch halten, während beispielsweise Arbeitsbedingungen in Drittweltländern oder der Tierschutz recht weit unten in ihren Kriterienlisten rangieren. Auch das Problem der Kontrollierbarkeit solcher Fonds spricht Cory nicht an, wie er überhaupt auf die doppelte Bedeutung von "ethisch" - als Charakterzug einerseits, als strukturelles Merkmal der Firmenorganisation andererseits - nicht eingeht. Dennoch ist "Business Ethics" ein engagiertes Buch, das den üblichen Sachbüchern seiner Kategorie noch ein "Extra" voraus hat: Die Beispiele für moralische Konfliktsituationen wählt Cory fast sämtlich aus Werken der Weltliteratur.

IRENE WIEGAND

Menschenhandel, Sklavenwirtschaft und Korruption

In früheren Zeiten waren Sklaven auf eine zynische Weise wertvoll. Ihre Arbeitskraft und ihr Verkaufswert sollten erhalten bleiben. Heute haben Menschenhändler und Sklavenhalter es nicht einmal nötig, Rücksicht auf solche wirtschaftlichen Überlegungen zu nehmen. In vielen Ländern der Welt werden Menschen entführt und gefangen gehalten, verkauft und verschoben, in Schuldknechtschaft und Leibeigenschaft gepreßt, an ihre Arbeitsplätze gekettet, mißhandelt und geschlagen. Nicht alle werden gewaltsam versklavt. Die Armen und Ungebildeten geraten häufig aus Not in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und in die Schuldenfalle.

So beschreibt der amerikanische Soziologe Kevin Bales den modernen Menschenhandel in seinem Buch: "Die neue Sklaverei" (in ausgezeichnete deutscher Übersetzung erschienen im Kunstmann-Verlag, München). Nach seiner sehr vorsichtigen Schätzung und einer engen Definition beläuft sich die Zahl der Sklaven heute weltweit auf 27 Millionen - mit steigender Tendenz. In Afrika - Ironie der Geschichte - gibt es neben der Zwangsrekrutierung von Knaben als Kindersoldaten und von Mädchen als Sexsklavinnen durch die diversen Rebellenarmeen in einigen Ländern noch die traditionellen Feld- und Haussklaven. Wer der Ansicht ist,

in Europa und Nordamerika gäbe es keine Sklavenhaltung, der sollte sich bei Menschenrechtsorganisationen über den Handel mit Mädchen und Frauen und die Zustände in Bordellen informieren.

Der Menschenhandel ist neben dem Drogen- und Waffengeschäft der lukrativste Erwerbszweig des internationalen organisierten Verbrechens geworden. In vielen Ländern sind eine korrupte Polizei und bestochene Behörden aktiv darin verwickelt. Der Autor ruft seine Leser auf, den Kampf gegen die Sklaverei aktiv zu unterstützen, indem sie sich darum kümmern, den Sumpf der Korruption trocken zu legen.

DORIS REGINA GOTHE

Kevin Bales: Die neue Sklaverei. (Orig.: Disposable People - New Slavery in the Global Economy). Aus dem Englischen von Inge Leipold, Verlag Antje Kunstmann, München 2001. 380 Seiten, Preis: EURO 22,50

Noch kein Weihnachtsgeschenk?

Global Corruption Report 2000

Eine einmalige Darstellung der weltweiten Korruption liefert der erstmals in diesem Jahr erschienene Global Corruption Report (GCR) von TI. Die Autoren, Journalisten und Wissenschaftler aus aller Welt, berichten detailliert über die neuesten Trends und Entwicklungen aus den Regionen der Erde.

Der GCR unterteilt sich in drei Hauptabschnitte, von denen der erste - nach Regionen untergliedert - die Entwicklung des letzten Jahres rekapituliert und analysiert.

Im zweiten Teil, *Global Issues*, widmen sich die Autoren dem Thema Parteifinanzierung, geben einen Überblick über die Umsetzung der OECD Konvention und behandeln ferner die Themen Geldwäsche sowie Korruption im internationalen Diamantenhandel.

Der abschließende dritte Teil, *Data and Research*, bietet auf 92 Seiten eine in dieser Form wohl einmalige Zusammenstellung von in letzter Zeit erschienenen vergleichenden empirischen Studien zum Thema Korruption.

Der Report kann käuflich erworben werden (\$29.95/£20/ISBN 3-9357-1100-X) oder alternativ und kostenfrei unter folgender Adresse heruntergeladen werden: www.globalcorruptionreport.org

Genarrt

„Ich weiß nicht, was soll es bedeuten, daß ich so traurig bin...“. Wenn wir zumindest wüßten, ob König Taufā'ahau Tupou IV. von Tonga dieses wunderschöne Lied kennt, ist er doch – wenigstens in seiner Heimat – für seine vortrefflichen Gitarrenkünste wohlbekannt. Nicht wissen, aber doch ahnen, tun wir, dass auch ein Spötter wie Heinrich Heine die folgende Geschichte hätte nur schwerlich so erdichten können, wie sie sich tatsächlich zugetragen hat...

Eine lukrative Einnahmequelle eröffnete sich dem Inselstaat Tonga in den achtziger Jahren, als man entdeckte, dass der Verkauf von Pässen an Ausländer ein durchaus lohnendes Geschäft sein kann. Auch Ferdinand und Imelda Marcos gehörten schon bald zu den stolzen Besitzern eines tongaischen Ausweises. 30,7 Millionen US-Dollar flossen so zwischen 1987 und 1991 in den Staatssäckel. Doch ach, wohin nur mit dem vielen Geld. Der ratlose König, in seiner steten Sorge, die Regierung könnte mit dem unverhofften Reichtum in unverantwortlicher Weise verfahren, entschloss sich, die Mittel ins Ausland – genauer: auf ein Girokonto der Bank of America – zu transferieren. Ein wohlmeinender Angestellter des Institutes klärte den weisen König schon bald darüber auf, dass die Verzinsung auf einem Girokonto doch eher bescheiden sei und bot sich ihm fortan und selbstlos als Anlageberater an, eine Offerte, die der Herrscher nur zu gerne annahm. Und da unser neuernannter Finanzberater, wie es der Zufall so wollte, am 1. April geboren war (engl.: Fool's Day), gab man ihm den Posten des Hofnarren obendrein.

Doch gutes Personal ist ja heute so selten. Der Narr überzeugte den König, die erkleckliche Summe bei einer Firma mit dem klangvollen Namen „Millennium Asset Management“ zu investieren, einem äußerst respektablen Unternehmen, sieht man einmal davon ab, dass die Posten des Generalsekretärs, Kassenwarts, Vertreters und Vermögensverwalters allesamt von einem Narren bekleidet wurden.

Nun ist der tongaische Finanzbera-

ter verschwunden. Die Firma „Millennium Asset Management“ auch. Und das Geld auch.

Geblichen ist ein Narr. Bislang ist dieser auch noch König. Aber da die Tongaer es gar nicht lustig finden, dass 70% ihres Staatshaushaltes diesem famosen Possenspiel zum Opfer fielen, sind wir doch ein wenig unerschlüssig, wie nun den Schluss unserer kleinen Geschichte zu formulieren ist: „...und er lebte glücklich und zufrieden...“?

CARSTEN KREMER



Quod licet lovi...

Silvio Berlusconi ist ein ehrenwerter Mann! Silvio Berlusconi ist ein erfolgreicher Unternehmer. Und ein erfolgreicher Politiker obendrein. Gut, es gab da diese Gerüchte. Welche? Nun, Gerüchte halt. Ist aber sicherlich nichts dran. Silvio Berlusconi ist ein ehrenwerter Mann!

Jetzt gibt es neue Gerüchte. Und das nur, weil der *Cavaliere* der Ansicht ist, dass Korruption, Geldwäsche und Betrug keine Delikte seien, die sich für einen europäischen Haftbefehl eignen. Es wird gar kolportiert, Berlusconi habe bei einem gemeinsamen Mahl mit den Botschaftern der EU-Staaten geäußert, er fürchte die Verfolgung durch den spanischen Untersuchungsrichter Garzón, der ihm – Gerüchte, fürwahr – Steuerdelikte vorwirft. Da verstehe noch einer die Welt. Silvio Berlusconi ist doch ein ehrenwerter Mann! Und als solcher hat er nun eingelenkt: Der Haftbefehl soll für Italien erst nach einer Verfassungsänderung gelten, (kann Jahre dauern) und vor allem nicht rückwirkend. Ein ehrenwerter Mann. Sag ich doch!

CARSTEN KREMER

Bestechungsfreiheit für Pharmahersteller

Im *arznei-telegramm* 32/2001 S. 122, findet sich der folgende Text:

„Korruption zerstört die therapeutische Qualität. Darüber berichteten wir mehrfach, z.B. in a-t 2000; 31: 49-50. Ein „Stiftungs“-Professor für klinische Pharmakologie, der sich sehr um Gutachten von Pharmafirmen sorgt, beklagt als Standortnachteil für die deutsche Industrie: „Ein Forschungshemmnis, das in seinen verheerenden Folgen weder von der Wissenschaft noch von der Justiz abgeschätzt wird, ist die Korruptionsverfolgung. Korruption ist nicht etwa ein harmloses Phänomen, aber ihre regellose, maßlose und zynische Verfolgung durch öffentliche Stellen in der Drittmittelforschung spottet jeder Vernunft“ (WEHLING, M.: Dt. Ärztebl. 2001; 98: C-2435). Folge sei unter anderem für Deutschland, dass die klinischen Wissenschaften, „die jetzt schon keine internationale Reputation mehr besitzen, ... von der Weltentwicklung abgekoppelt“ werden. Ob in diesem entlarvenden Statement Ursachen und Folgen verwechselt werden? –Red.“

Termine 2002

Folgende Termine sind für das Jahr 2002 bisher geplant:

- **Journalistenseminar 12./13. Januar, Kronberg im Taunus**
- **Zweitägige Vorstandssitzung 16./17. März, Ort noch offen**
- **Vorstandssitzung 22. Juni, voraussichtlich in Kassel**
- **Öffentliche Veranstaltung 27. September, Ort noch offen**
- **Vorstandssitzung 28. September, vormittags, Ort noch offen**
- **Mitgliederversammlung 28. September, nachmittags, Ort noch offen**

Die Vorstandssitzungen sind für Mitglieder öffentlich, Ort und genauer Zeitpunkt werden noch bekannt gegeben.